

Motion Rolf Zbinden (PdA): Bern wird NATO-freie Zone

Der Absturz eines deutschen Tornados im Lauterbrunnental hat der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der bernische Luftraum als hochgebirgliche Übungsgebiet für deutsche Kampfflugzeuge missbraucht wird. Gleichzeitig empfängt Bundesrat Schmid den deutschen Verteidigungsminister, um mit diesem eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Überwachung des schweizerischen Luftraums „gegen Bedrohungen durch zivile Flugzeuge“ zu diskutieren. Wir müssen damit wohl befürchten, dass anlässlich der Euro 08 deutsche Tornados auch über der Stadt Bern herumkurven.

Wir erinnern daran, dass die deutsche Luftwaffe sich gerade auf die Beteiligung an Angriffskriegen der NATO vorbereitet und auch an der Verschleppung rechtloser Geiseln in geheime Folterlager der CIA beteiligt war. Die Überlassung unseres Luftraums an solche NATO-Flugzeuge verstösst daher nicht nur gegen den Gedanken der Neutralität, wie er in unseren Schulbüchern steht, sondern er stellt eine eigentliche Kapitulation von Regierung und Armeespitze gegenüber der NATO dar. Dass von Seiten der Schweizer Behörden wie immer in solchen Fällen zuerst einmal alles geleugnet, dann bröckchenweise herausgewürgt und schliesslich schöngeredet wird, unterstreicht noch die devote Haltung gegenüber dem Kriegsbündnis NATO.

Wir wollen diese ausländischen Kriegsmaschinen nicht über unsern Köpfen, denn wir sind ohne sie sicherer. Setzen wir daher gegenüber dem Kriegsbündnis NATO und seinen Assistenten im Inland ein klares Zeichen: Erklären wir Bern zur NATO-freien Zone!

In diesem Sinne wird der Gemeinderat beauftragt,

1. dem Bundesrat mitzuteilen, dass jede Anwesenheit ausländischer Militärflugzeuge im Luftraum der Stadt Bern, insbesondere auch deutscher Tornados, wie auch jegliche sonstige ausländische „Hilfe“ zur Überwachung des Luftraums unerwünscht ist und von den politischen Behörden der Stadt abgelehnt wird.
2. die übrigen Gemeinden des Kantons Bern einzuladen, sich ebenfalls zu NATO-freien Zonen zu erklären.

Begründung der Dringlichkeit:

Ein sofortiger Beschluss ist nötig, da der Bundesrat zur Zeit gerade die Überwachung des Berner Luftraums während der Euro 08 verhandelt.

Bern, 26. April 2007

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Motion Rolf Zbinden (PdA), Daniele Jenni, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Hasim San-car, Anne Wegmüller

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Gemäss den gesetzlichen Grundlagen liegt die Zuständigkeit im Bereich des Luftraums nicht bei der Stadt Bern, sondern beim Bund. Die Schweiz hat bereits mit Italien und Frankreich internationale Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft abgeschlossen (SR 0.513.234.91 und 0.513.245.41) und beabsichtigt nun, ein ähnliches Abkommen mit Deutschland zu schliessen. Der Gemeinderat erinnert daran, dass die Stadt für die Durchführung der EURO 2008 auf die Unterstützung durch den Bund, speziell im Bereich der Luftraumsicherung, angewiesen ist und auch ein entsprechendes Gesuch gestellt hat.

Die Stadt Bern genehmigt unter gewissen Bedingungen (Sicherheit, Lärm, keine Alternativen etc.) zivile Transport-, Taxi- und Fotoflüge unterhalb von 300 Metern Höhe. Dieser Genehmigung geht eine Bewilligung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) voraus.

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat hat den Bund für die EURO 2008 explizit um die Überwachung des Luftraums ersucht. Wie der Bund diese Luftraumsicherung organisiert, ist ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt Bern.

Zu Punkt 2:

Es steht jeder Gemeinde frei, wie sie zu diesem Thema stehen will.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 28. August 2007

Der Gemeinderat